

Die erste Ausgabe des Linken Blattes im Jahr 2011 erscheint am
18. Januar. Redaktionsschluss ist der 13. Januar.

Linkes Blatt DIE LINKE.

21. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

14. Dezember 2010

Erneuerbar statt Atomar



Transporte atomaren Restmülls sind ganz unmittelbar mit der durch die Bundesregierung unter dem Diktat der Atomlobby durchgesetzten Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke verbunden. Die Lagerung radioaktiven Mülls ist nach wie vor ungeklärt, trotzdem ist die Entscheidung gefallen, diesen weiterhin zu produzieren. Zur Begründung einer Schuldenbremse in den öffentlichen Haushalten wird mit Krokodilstränen auf die schweren Lasten verwiesen, die künftige Generationen einst zu tragen hätten. Radioaktiver Müll aus Atomkraftwerken wird diesen künftigen Generationen

ohne Skrupel hinterlassen und sie können sich nicht dagegen wehren - das erfordert Widerstand und Protest.

Dr. Thomas Drzisga

15.12.2010, 17.00 Uhr Protestkundgebung auf dem Marktplatz Halle (vor dem Stadthaus)

Der Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Halle (Saale) und die Redaktion des Linken Blattes wünschen allen Genossinnen und Genossen, Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes, friedliches Jahr 2011.

Demokratisch und sozial:
Ein Land für alle!

DIE LINKE.
SACHSEN-ANHALT



Vision und Ziel: Ein barrierefreies Sachsen-Anhalt

Fast überall wird darüber gesprochen, in jedem Vortrag darüber philosophiert: Der demografische Wandel, das Leben in einer älter werdenden Gesellschaft. Geht es aber ans Handeln, an die Einleitung konkreter Maßnahmen, an die zügige Diskussion konzeptioneller Vorstellungen, wird oft gezögert, wird der wachsende Handlungsdruck im Land wie auch in vielen Kommunen ignoriert. Dabei ist es klar: Landesweit wird der Anteil älterer Menschen über 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung Sachsen-Anhalts im Jahre 2025 auf etwa 30 % - etwa 600.000 Menschen - ansteigen und jede/jeder Zweite wird eine Beeinträchtigung haben, sei es beim Hören, beim Sehen oder in der Mobilität. Ebenso wird der Anteil schwerbehinderter Menschen (mit einem Grad der Behinderung von 50 plus) erheblich anwachsen - gegenwärtig etwa 9 % der Bevölkerung (171.000 Menschen). Wollen wir diesen Menschen - anteilig also beinahe 40 % - die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern, so ist die Schaffung einer barrierefreien Gesellschaft die große Herausforderung der nächsten Jahre. Denn nicht alle öffentlichen Gebäude, nicht alle Ämter, Wohnungen, Finanzinstitute, kulturelle Einrichtungen - um nur Einiges zu benennen - sind barrierefrei zugänglich, also für Jede und Jeden ohne fremde Hilfe nutzbar.

Zum Teil historisch bedingt treffen viele Menschen auf für sie auf Grund eines Handicaps unüberwindbare Barrieren. Das kann eine Treppe

sein, dass können nicht zugängliche und nutzbare Sanitäreinrichtungen sein. Oft sind es hohe Stufen beim Bus, die eine Benutzung verhindern oder für hörbehinderte Menschen sind die Radiosendungen bzw. TV-Angebote eigentlich nicht existent. In beinahe allen Lebensbereichen sind Barrieren anzutreffen, die eine Teilhabe am Leben in der Gesellschaft für sehr viele Menschen erschweren oder gar unmöglich machen.

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag hat schon im Jahre 2004 auf diese Fragen aufmerksam gemacht und die Landesregierung aufgefordert, ein Aktionsprogramm „Barrierefreies Sachsen-Anhalt“ zu erarbeiten. Diese Forderung erneuerte sie 2007 und fand erneut - außer unverbindlichen Äußerungen seitens der Regierung und der regierungstragenden Fraktionen - kein wirkliches Gehör, obwohl das 4. Behindertenpolitische Forum 2009 in Sachsen-Anhalt ein derartiges Aktionsprogramm energisch einforderte.

In vielen Diskussionen erarbeitete sich die Fraktion DIE LINKE im Landtag ein eigenes Konzept, um langfristig Barrieren zu vermeiden und kurzfristig bestehende Barrieren abzubauen. In einem ersten Schwerpunkt werden im Konzept die Barrieren in den Köpfen der Verantwortungsträger im Land und in den Kommunen benannt. Vorgesprochen wird, mit einem Jahrzehnt der Barrierefreiheit Unwissenheit aber auch Ignoranz zu überwinden. Weitere Schwerpunkte betreffen Maßnahmen für eine

barrierefreie Information und Kommunikation, für einen barrierefreien Tourismus, für die schrittweise Beseitigung baulicher Barrieren und im ÖPNV. Dabei geht es im Grundsatz darum, die verfügbaren Ressourcen und finanziellen Mittel abgestimmt und zwingend zur Schaffung barrierefreier Lösungen einzusetzen. Das heißt auch, die jetzt noch vorhandenen großzügigen Ausnahmemöglichkeiten in der Landesbauordnung abzuschaffen, Verstöße gegen die Barrierefreiheit (bei Einsatz öffentlicher Mittel) zu sanktionieren und das Kriterium der Barrierefreiheit in allen Förderrichtlinien des Landes zwingend zu verankern. Als einen ersten Schritt vor Ort in den Kommunen sehen wir das Werben um den Beitritt der Städte und Gemeinden zur Erklärung von Barcelona von 1995 (Die Stadt und die Behinderten).

Das Gesamtkonzept stellte die Fraktion am 3. Dezember 2010 gemeinsam mit dem Allgemeinen Behindertenverband in Sachsen-Anhalt der Öffentlichkeit vor.

Dr. Detlef Eckert

Die Linke



Es ist notwendig, dass linke Themen, wie Halle–Pass, Mittagessen in den Schulen und Kita's unsere Themen bleiben.



Ute Borchert

1. Ute, du bist das erste Mal als sachkundige Einwohnerin tätig. Was hat dich motiviert für dieses Ehrenamt?

Seit den Kommunalwahlen 2009 bin ich sachkundige Einwohnerin unserer Fraktion.

Ich habe mich für den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss entschieden, weil ich denke, dass ich in diesem Ausschuss für die soziale Gerechtigkeit, für eine sichere Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen und den Erhalt von dazu notwendigen Einrichtungen kämpfen kann.

Auch ist meine persönliche Erfah-

rung und Lebenssituation von entscheidender Bedeutung.

Als sachkundige Einwohnerin möchte ich auch meine Erfahrungen und mein Wissen für eine linke Politik weitergeben.

2. Mit welchen Themen hast du dich bereits beschäftigt bzw. beschäftigst du dich zur Zeit?

Ich habe mich in der Vergangenheit mit dem Schwerpunkt „Sozialticket“ beschäftigt, was durch meine jetzige Weiterbildung leider nicht mehr so intensiv möglich ist.

Im Moment bin ich sehr daran interessiert, was die Entwicklung der ARGE SGB II GmbH betrifft. Ich kann dabei viel persönliches Erleben einbringen.

Es ist notwendig, dass linke Themen, wie Halle – Pass, Mittagessen in den Schulen und Kita's unsere Themen bleiben.

3. Wo engagierst du dich noch in anderen Gremien bzw. Projekten unserer Partei?

Ich bin Mitglied des Stadtvorstandes unseres Stadtverbandes

und beschäftige mich innerhalb des Vorstandes mit dem Politikfeld der Sozialpolitik.

Darüber hinaus bin ich Mitglied des Arbeitskreises „Jugend/ Gesundheit und Soziales“.

In meiner Freizeit verteile ich in meinem Wohngebiet unsere Presseerzeugnisse der Bundestagsfraktion, des Landesvorstandes sowie der Stadtratsfraktion.

Ein Engagement bei Aktionen, wie zur Zeit gegen das Kürzungspaket der Bundesregierung oder Info-Ständen, sind für mich selbstverständlich. Nur so können wir die Menschen unserer Stadt und natürlich auch unserer Wähler erreichen.

Das Interview führte Ute Haupt.

Vorankündigung:

Beratung des Arbeitskreises Gedenktage und Gedenkstätten am 27. Januar 2011 um 15.00 Uhr in der Blumenstraße

Luxemburg - Liebknecht - Gedenken

Auch 2011 wird wieder ein Bus gemeinsam mit dem Saalekreis organisiert, um an dem ehrenden Gedenken am 09.01.2011 in Berlin teilzunehmen.

Ab Dienstag, dem 30.11.2010 sind die Fahrkarten zum Preis von 10,00 Euro in der Geschäftsstelle zu den Öffnungszeiten oder über Marianne Böttcher erhältlich. Kartenvorbestellungen über: organisation@dielinke-halle.de; linkesblatt@dielinke-halle.de oder telefonisch 0177 5737799

Abfahrtszeiten:

6.30 Uhr Weißenfels, Busbahnhof

7.00 Uhr Merseburg, König Heinrichstraße Ersatzhaltestelle 23

7.30 Uhr Halle, Busbahnhof Ernst-Kamieth-Platz, Bussteig 7



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345/2025590
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
09.12.2010

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 13.01.2011

Programmdebatte

Erweiterung des Programmpunktes „Einwanderungsland Deutschland“ im 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE.

Antrag der LAG MIA - DIE LINKE. NRW

Beantragt wird die komplette Übernahme dieser Erweiterung in den Programmentwurf

Gleiche Rechte für alle

Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen und / oder abgeschoben werden. DIE LINKE. fordert zum Einen, die menschenverachtende, im Ansatz schon faschistoide Abschottungspolitik der EU nach außen zu beenden und zum Anderen ebenfalls die diskriminierenden Asylgesetze abzuschaffen.

Weltweit befinden sich rund 60 Mio. Menschen auf der Flucht oder in flüchtlingsähnlichen Situationen. Daraus ergibt sich für DIE LINKE. die dringliche Forderung nach einem Resettlement-Programm, das eine jährliche Aufnahmequote von Flüchtlingen vorsieht. Hierbei handelt es sich um besonders schutzbedürftige Menschen, die weder eine Perspektive, in ihr Land zurück zu kommen, noch einen Neuanfang dort in Aussicht haben. Mit der vom UNHCR überdachten Neuregelung des §23 des Aufenthaltsgesetzes bietet sich dem Bundesinnenministerium, im Einvernehmen mit den Bundesländern, die rechtliche Grundlage, ein Kontingent Flüchtlinge aufzunehmen. Die Regelung der Verteilung dieser Flüchtlinge erfolgt nach einem Verteilungsschlüssel, wobei NRW als wirtschaftsstärkstes Bundesland dann auch eine größere Anzahl von Flüchtlingen aufnehmen kann.

DIE LINKE. fordert:

1. Die Duldungsregelung ebenso wie die noch bestehende Residenzpflicht abzuschaffen und allen Betroffenen einen rechtssicheren und unbefristeten Aufenthaltsstatus gemäß der GFK einzuräumen.
2. Das Aufenthaltsrecht darf nicht länger an die Unterhaltssicherung gekoppelt werden, weil das unerträgliche soziale Härten bedeutet, Familien voneinander trennt und Menschen unter einen irrsinnigen Druck setzt, auch noch die schlechteste Arbeit zu tun, um den Aufenthalt nicht zu gefährden - oder umgekehrt, wer nicht arbeiten kann oder keine Arbeit finden kann, bekommt deshalb aufenthaltsrechtliche Schwierigkeiten.
3. Das Arbeitsverbot der Flüchtlinge und der Geduldeten und die Vorrangprüfung sind abzuschaffen.
4. Alle Sammelunterkünfte sind aufzulösen. Gemeinsam mit den Kommunen muss den MigrantInnen ausreichender Wohnraum verschafft werden.
5. AsylbewerberInnen sind als erster Schritt grundsätzlich Geld- und Sachleistungen zu gewähren, auf Bundesebene setzen wir uns für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein. Ziel der Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen ist es, durch intensive Betreuung, Unterstützung und Förderung die anfängliche staatliche und kommunale Hilfestellung in ein eigenbestimmtes, selbständiges Leben und Arbeiten mit sozialrechtlicher Gleichstellung umzu-

wandeln.

6. Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Migrantinnen - unabhängig vom Ehepartner / von der Ehepartnerin.
7. Mädchen und Frauen, die von gesellschaftlicher Gewalt oder Prostitution bedroht sind, in besonderem Maße zu schützen und sich auch für die Abschaffung der illegalen Prostitution einzusetzen.
8. DIE LINKE. setzt sich für die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ein. Flüchtlingskindern ist ein uneingeschränkter Zugang zu Kindergarten, (Aus-) Bildung und Studium einzuräumen.
9. Die Entscheidungen der Härtefallkommission des Landes müssen bindend sein.
10. Der Flüchtlingsrat NRW muss vollumfänglich finanzielle Landesförderung erhalten und regionale Beratungsstellen sind vollumfänglich zu fördern.

Nach wie vor bleibt der Rückkehrwunsch der Flüchtlinge in ihr Heimatland bestehen. Dies muss aber aus der Freiwilligkeit erfolgen und es sollten dann auch im Heimatland die Voraussetzungen für einen Wiederaufenthalt, ohne politische Verfolgung, Bestrafung oder anderen lebensbedrohlichen Umständen, gegeben sein. Die erzwungene Rückkehr (die jetzt oft übliche Praxis der Abschiebung), z.B. wenn die Konflikte im Heimatland des Flüchtlings nicht mehr bestehen, ist in jedem Fall menschenrechtswidrig und abzulehnen. Und es muss ebenfalls die Möglichkeit einer Rück-

kehr in das Aufnahmeland gewährleistet sein, falls der Rückkehrversuch gescheitert bzw. zum Scheitern verurteilt ist.

Kein Mensch ist illegal

DIE LINKE. setzt sich für die unteilbaren Menschenrechte von illegalisierten MigrantInnen ein und wird sie unterstützen. Die Ausbeutung als billige Arbeitskraft, z.B. in Privathaushalten, ist zu beenden und der Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie Wohnraum sind zu gewährleisten. Hilfestellung leisten dabei Einrichtungen wie: Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, MediNetzBonn, Bürengruppe Paderborn, Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Bürene.V., Medizinische Flüchtlingshilfe Bochume.V., Institut für Migrations- und Rassismusforschung, Ausbildung statt Abschiebung (AsA)e.V., Hier geblieben! c/o IBZ, Kosovo-Hilfe-Deutschland, DLBi e.V., Netzwerk Afrikanische Vereine, Gruppen, Einzelpersonen, Interessierten, servicestelle ma:nila.

Für diese Institutionen fordert DIE LINKE. die Einrichtung eines gesonderten Etats, z.B. einen Landesfonds, aus dem auch die Kosten für eine allumfassende medizinische Versorgung, einschl. Zahnbehandlung und Zahnersatz, getragen werden sollen.

Im Gegenzug muss die Entkriminalisierung von HelferInnen (LehrerInnen, ErzieherInnen, Krankenhauspersonal, Jugendamt), die im Bundesrecht verankert sind und in den Kommunen und ihren Einrichtungen arbeiten, erfolgen.

DIE LINKE. fordert ebenfalls die Legalisierung Illegalisierter mit einer Stichtagsregelung nach spanischem Vorbild.

Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen-Anhalt
Gesellschaftstransformation und Eigentum

Vortrag mit Diskussion, Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6, 20.01.2011, 18:00 Uhr

1. Demokratischer Sozialismus als Ziel, Wertesystem, Handlungsorientierung und transformatorischer Prozess
2. Historische Erfahrungen: Erfolge und Grenzen von Reformen, Stärken und Sackgassen von Revolutionen. Transformation als Verknüpfung von Reformen und Wandel von revolutionärer Tiefe.
3. Doppelte Transformation: kosoziale Reformalternative als Transformation im Rahmen des Kapitalismus – Transformation über ihn hinaus.
4. Die Eigentumsfrage als Machtfrage. Die erste Antwort der LINKEN auf die Eigentumsfrage: Erneuerung der Demokratie und Unterwerfung aller Eigentumsformen unter soziale und ökologische Maßstäbe.
5. Die zweite Antwort der LINKEN: Vergesellschaftung des Kapitaleigentums in entscheidenden Bereichen der Gesellschaft – Vergesellschaftung als transformatorischer Prozess.
6. Die dritte Antwort: solidarische Mischwirtschaft, die Kombination unterschiedlicher Eigentumsformen in einer neuen Rahmensetzung, in der der Markt durch politische Regulation begrenzt wird.
7. Die vierte Antwort: demokratische Gestaltung von öffentlichem und kommunalem Eigentum, neue Maßstäbe der Effizienz.

Referent: Prof. Dieter Klein, Rosa-Luxemburg Stiftung Berlin

Kontakt:

RLS Regionalbüro Halle (Saale), Blumenstraße 16,
06108 Halle (Saale), Tel./Fax: 0345 2025594,
email: gs-halle@rosa-luxsa.de



Weihnachts- PREISSKAT in Halle am Freitag, dem 17. Dezember 2010

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: gegen 22:00 Uhr

Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer, Böllberger Weg 150, Anfahrt mit der Straßenbahn, Linien 1 und 6 sowie Buslinie 26, Haltestellen sind Diesterwegstraße oder Passendorfer Weg.

Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen Preis, Geldpreise für die Plätze 1-3, Preise für die Plätze 4-8: Weihnachtsgänse und Puten. Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und 27 Spiele am Dreiertisch und nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 18:10 Uhr.

Das Land, die Stadt und das Geld

„Die Kommunen verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung.“, so heißt es in Art. 87 der Landesverfassung. Artikel 88 schreibt vor: „Das Land sorgt dafür, dass die Kommunen über Finanzmittel verfügen, die zur angemessenen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind.“. Was ist notwendig, darüber herrschen seit Jahren Meinungsverschiedenheiten zwischen Halle und dem Land. Da die eigenen Steuerquellen und Einnahmen einer Kommune nicht ausreichen, um alle Aufgaben, die der Bund und das Land der Stadt zugewiesen hat, erhalten die Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt Zuweisungen über das Finanzausgleichsgesetz vom Land. Wie hoch diese sind, bestimmt das Land, dessen Einnahmen ebenfalls nicht ausreichen, um all seine Ausgaben abzudecken. Der Fehler liegt im System; in der Vergangenheit wurden Steuergesetze erlassen, welche die Einnahmen der öffentlichen Haushalte erheblich schmälerten. Vor allem große Unternehmen und Besserverdienende wurden von ihrer Steuerzahlungspflicht entlastet.

Bei der Aufstellung des Haushaltes 2010/11 stellte das Land Überlegungen an, wie die Kommunen auskömmlich ausgestattet werden können. In einem Entwurf wurden die Zuweisungen an die Kommunen aufgabenbezogen ermittelt. Doch das Land erschrak vor der eigenen Courage - wenn man nämlich die Aufgaben, die die Kommunen für das Land erledigen, für die Finanzzuweisungen zu Grunde legt, dann hätte allein Halle 30 Mio. Euro mehr erhalten müssen. Man einigte sich also auf ein Gesetz, das es bei der völlig unzureichenden Finanzausstattung beließ.

Das ist der Hintergrund des Streites zwischen Halle und dem Landesverwaltungsamt. Seit geraumer Zeit flattern der Stadt Schreiben des Amtes in Haus, in welchen Halle eben diese Finanznot zum Vorwurf gemacht wird und Beanstandung des Haushaltes und Zwangsverwaltung durch das Land angedroht wird. Der Haushalt vom Mai wurde vom Landesverwaltungsamt auf Druck der Landesregierung nicht beanstandet, der Stadt wurde aber aufgegeben, 20 Mio. Euro einzusparen. Es wäre besser gewesen, die Regierung hätte ihre unzureichenden Gesetze korrigiert, statt „hinten herum“ für den Nichtvollzug von

Gesetzen zu sorgen. Am 27.10.10 forderte das Landesverwaltungsamt von der Stadt, 2011 kein Geld mehr für „freiwillige Aufgaben“ bereitzustellen oder anders gesagt die Förderung von Vereinen einzustellen. Bei Nichtbeachtung drohte es der OB´in mit strafrechtlichen Konsequenzen. Ob das Missfallen bei Frau Szabados ausgelöst hat, ist unklar. Kann sie sich doch jetzt hinter diesem Schreiben verstecken und ihre auch nicht von Gesetzen und Stadtratsbeschlüssen gedeckte Art des Haushaltsvollzuges rechtfertigen. Unsere Fraktion kritisiert regelmäßig den unkorrekten Vollzug des Haushaltes, worunter besonders freie Träger und Vereine leiden.

Am 02.12.10 endlich schrieb das Landesverwaltungsamt, dass es den Haushalt der Stadt zwar wegen des fortgeschrittenen Jahresablauf nicht mehr beanstandet, aber eine Haushaltssperre verhängt und sich vorbehält, einen Zwangsverwalter zu bestellen. Begründung war, dass die Stadt die Auflage des Landes um 49.600 Euro verfehlt habe. Gemessen am Haushalt bewegt sich dieser Betrag im Promillebereich. Dann aber lässt das Land die Katze aus dem Sack: die Stadt habe zu wenig gespart, keine Wohnungen verkauft, bei der Kultur und Jugendhilfe ihre Sparziele verfehlt und sie rechne in Zukunft damit, dass das Land seiner Verpflichtung aus Artikel 88 der Verfassung nachkomme und der Stadt die für die Aufgabenerfüllung fehlenden 30 Mio. Euro zur Verfügung stelle.

Leidtragende dieser Entwicklung sind die Bürger unserer Stadt, die Vereine und die kommunalen Unternehmen, denen diese Lasten auferlegt werden und die die Folgen verfehlter Landespolitik zu tragen haben. Ja besonders der Umgang mit den Kommunalunternehmen ist für uns fraglich, müssen doch Mieter, Wasser- und Stromkunden nun die Beträge aufbringen, die die Bundesregierung mit Steuergeschenken den Besserverdienenden erlassen hat.

Die Stadt tut gut daran, ihren Kurs zu ändern. Die OB´in sollte statt in Ministerien faule Kompromisse auszuhandeln, lieber die fehlende Finanzierung durch das Land einfordern.

Der Ort dafür sind aber nicht Hinterzimmer, sondern das Landesverfassungsgericht.

Swen Knöchel

Die Linke. Halle 2010 - ein Rückblick in Bildern

Ehrung der Märzgefallenen



Kampagne: Spart Euch Euer Sparpaket im Herbst diesen Jahres



Stadtparteitag am 03.03.2010 – Zu Gast: Caren Lay, Bundesgeschäftsführerin



17.04.2010 – Regionalkonferenz in Halle-Neustadt



Unsere Direktkandidaten: Hendrik Lange, Swen Knöchel, Marion Krischok und Dr. Uwe Volkmar Köck (v.l.n.r.)



BO Riebeckplatz/Hofjäger - Zu Gast: Peter Sodann, Schauspieler